Nummer 318 — Halle, Mittwoch, den 8. November 1922 — 57. Jahrgang
Einzelpreis: Zehn Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 190.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 190.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 180.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 12.00, im auswärtigen Verkehr Mark 15.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 40.00 im Ortsverkehr und Mark 50.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelsammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Halle/Saale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stecher, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr 29815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsbestellungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Markstabilisierung auf der Basis 3250?

Der Vorschlag der ausländischen Sachverständigen / Mitverwendung der Reichsbank-Goldreserven
Angebot einer ausländischen Anleihe für Deutschland / Französische Hetzpläne gegen das Reich.

Der Hauptvorschlag.

Berlin, 8. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Hauptvorschlag des gestern Abend kurz vor 7 Uhr dem Reichskanzler übergebenen Gutachtens der ausländischen Sachverständigen Keynes, Brand-England, Jenks-Amerika, Cassel-Schweden läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Stabilisierung der Mark auf der Basis von 300 bis 3500 für den Dollar, also im Durchschnitt auf etwa 3250, zu erfolgen hätte. Das Gutachten führt aus, daß ohne Markstabilisierung das ganze deutsche Schulden-, Wirtschafts- und Teuerungsproblem überhaupt nicht gelöst werden könne. Der zweite Hauptpunkt des Gutachtens bezieht sich auf die Mitverwendung der Goldreserven der autonomen Reichsbank für die Markstabilisierung. Die Stabilisierungsrückkäufe durch Gold sollen sich nur auf Reichsbanknoten, aber nicht auf die Schatzwechsel, beziehen. Bei der angenommenen Höhe von 3250 Mark pro Dollar würde weniger als die Hälfte der Reichsbankgoldreserven genügen. Wir erfahren diesbezüglich noch, daß die Opposition Havenstein und Glasenapp gegen die Mitwirkung des Reichsbankgoldes gestern endgültig fallen gelassen wurde, allerdings nur unter der Bedingung einer äußeren Goldanleihe. Als zweiten Hauptpunkt fordert das Gutachten der vier Sachverständigen ein Moratorium von zwei Jahren mit Prolongationsmöglichkeit.

*

Berlin, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrigen Verhandlungen über die Textierung des Gutachtens verlief nicht ohne dramatische Zuspitzung. Sie haben in einem Saale des Reichsschatzministeriums stattgefunden, wobei nur die von der Regierung eingeladenen ausländischen Sachverständigen u...ereinander verhandelt haben. Bei bestimmten Fragen, die die Sachverständigen beantwortet zu haben wünschten, wurden einzelne Mitglieder der Hochfinanz wie Mendelsohn, Melchior, Urbig und Andrè endlich von den beamteten Sachverständigen, dem Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, gehört. Die Beratungen der ausländischen Sachverständigen selbst waren streng geschlossen, so daß sie vollständig unbeeinflußt ihr Votum abgeben konnten. Es handelte sich im wesentlichen darum, die Unterschrift des amerikanischen Sachverständigen Jenks unter das Gutachten zu bekommen, welches von dem schwedischen Professor Cassel, der noch gestern nach Stockholm zurückreiste und den beiden Engländern Evan (Lazars Bank) und Keynes ausgearbeitet worden war. Das Gutachten der Sachverständigen umfaßt 14 Schreibmaschinenseiten.

Ein ausländisches Anleiheangebot.

Berlin, 8. November. (Eig. Drahtmeldung.) In direktem Zusammenhang mit diesem Gutachten steht das Anleiheangebot einer ausländischen Bankgruppe, das der Mitunterzeichner des Gutachtens Brand vom Bankhause Lazar Brothers London-Neuyork der Reichsregierung bekanntgegeben hat. Diese Goldanleihe wird ausdrücklich für die Markstabilisierung und unter der Bedingung der Mitwirkung des Reichsbankgoldes gemacht. Professor Jenks, der das Gutachten mit unterzeichnet hat, wird Freitag auf der Rückreise nach Amerika in Paris Gelegenheit haben, Pierpont Morgan anläßlich der neuen Bankierkonferenz über den Gedankengang des Gutachtens und des damit zusammenhängenden Anleiheangebotes unterrichten.

Vor einer neuen Bankierkonferenz.

Berlin, 8. November. (Eig. Drahtmeldung.) Pierpont Morgan, der sich gegenwärtig in Rom aufhält, gedenkt spätestens am 26. November nach Amerika zurückzukehren. Dieser Nachricht kommt darum besondere Bedeutung zu, weil bekanntlich seit geraumer Zeit schon Bestrebungen im Gange sind, eine zweite Bankierkonferenz zur Diskussion der Reparationsfrage nach Paris oder Brüssel einzuberufen. Morgan hätte wiederum den Vorsitz zu übernehmen, und es wäre darum wichtig, ihn hierzu noch während seines diesmaligen Aufenthalts in Europa zu bewegen, da sonst die Einberufung einer zweiten Bankierkonferenz erhebliche Verzögerung erleiden müßte. Da die große Brüsseler Finanzkonferenz voraussichtlich erst Anfang Dezember stattfinden kann, würde wohl Paris in erster Linie als Tagungsort für die Konferenz in Frage kommen.

Deutschland muß bankerott gehen.

Die wahren Absichten Frankreichs.

Paris, 8. November. (Eig. Drahtmeldung.) In der Kammer sprach gestern im Rahmen der Budgetdebatte der frühere Minister Loucheur über die Reparationsfrage. Er sagte u. a.: Für Frankreich gebe es nur die eine Möglichkeit, bezahlt zu werden, und das ist die, Deutschland zu einem großen Produktionsland werden zu lassen. Ueber die Lage in Deutschland sagte Loucheur, daß sie nicht so schlimm sei, wie man sie dargestellt habe (!). Deutschland habe nur eine geringe Anleihe im Ausland und es habe es zu Wege gebracht, im Auslande große Summen von wertlosen Mark zu verkaufen. Heute allerdings sei Deutschland dem Bankrott nahe und es müsse auch bankrott machen. Was würde das Frankreich schaden? Die Banken vielleicht würden zusammenbrechen; die industriellen Gesellschaften würden ihre Finanzen hinschwinden sehen. Aber die deutschen Fabriken würden weiterhin bestehen und ihre produktive Fähigkeit würde unangetastet bleiben. Loucheur sprach weiterhin von der Schaffung eines rheinischen Staates als Pufferstaat zwischen Frankreich und Deutschland, der aufgegeben wurde in der Hoffnung auf einen Garantievertrag mit England und den Vereinigten Staaten. Schließlich erklärte er: Wir müssen, um den Krieg zu vermeiden, den Frieden sichern, und deshalb dürfen wir das linke Rheinufer nicht räumen. In diesem Augenblick unterbrach Poincaré den Redner mit den Worten: „Das läßt sich auch nach dem Vertrage vollständig rechtfertigen, da dieser die Räumung des linken Rheinufers erst vorsieht, wenn die Bedingungen des Vertrages erfüllt sein werden. Diese Bedingungen sind aber nicht erfüllt und werden noch auf lange Zeit nicht erfüllt werden. Solange das der Fall ist, bleiben wir am Rhein." Loucheur fügte hinzu, es sei aber auch notwendig, die Selbständigkeit des Rheinlandes zu verwirklichen. Darauf warf Poincaré ein: Später.

Die Parteiführer beim Kanzler.

Berlin, 8. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichskanzler hat im Laufe des gestrigen Nachmittags die Parteiführer empfangen, und zwar zuerst die Parteiführer der Regierungsparteien zusammen mit denen der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei. Hieran schloß sich eine kurze Aussprache, die aber nur informatorischen Charakter trug. Später hat der Kanzler auch noch kurz die Parteiführer der Deutschnationalen Volkspartei empfangen.

Vertagung der Konferenz in Lausanne.

Paris, 7. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die englische Regierung hat durch Vermittelung ihres Botschafters in Paris der französischen Regierung den Vorschlag überreicht, die Eröffnung der Konferenz von Lausanne vom 13. auf den 27. November zu verschieben. Die französische Regierung dürfte darauf antworten, daß sie zu einer kurzen Verschiebung bereit sei, aber einer Vertagung bis zum 27. November nicht zustimmen könne.

Der Ernst unserer Ernährungslage.

Beschleunigung der Getreideablieferung dringend nötig.

Berlin, 7. November. In der heute vormittag abgehaltenen Hauptversammlung des deutschen Landwirtschaftsrates kam es zu einer lebhaften Aussprache über den Ernst der Ernährungslage. Staatssekretär Heinrici vom Reichsernährungsministerium charakterisierte die augenblickliche Situation folgendermaßen: Bei der Versorgung der Bevölkerung mit Markenbrot ist darauf hinzuweisen, daß wir schon heute zu ihrer Aufrechterhaltung mehr Brotgetreide einführten als im Vorjahr. Dies hat seine Ursache darin daß von der Umlage, von der im Vorjahr bis Ende Oktober 1,14 Millionen Tonnen eingegangen waren, diesmal nur 400 000 Tonnen eingeliefert wurden. Da die öffentliche Hand immer mindestens sechs Wochen vorher im Besitz der zur Verteilung notwendigen Getreidemengen sein muß, so wird am Anfang des nächsten Jahres mit ernsten Schwierigkeiten zu rechnen sein. Das erstandene Auslandsgetreide in Verbindung mit den jetzt eingebrachten Umlagemengen reicht gerade bis in die ersten Tage des Januar. Heinrici richtete namens der Reichsregierung einen dringenden Appell an die Landwirtschaft, die Ablieferungen des Umlagegetreides soweit als möglich zu beschleunigen.

Kundgebung des Gewerkschaftsringes.

Gegenüber der an vielen Orten bestehenden Absicht, zur Feier des 9. November die Arbeitsruhe zu proklamieren, erläßt der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände eine Kundgebung, in der er die Arbeitsruhe ablehnt und es den Mitgliedern der ihm angeschlossenen Organisationen überläßt, ob sie an diesem Tage an Abendfeierlichkeiten teilnehmen wollen. Mit Recht betont er dabei, daß ihm der Zeitpunkt, da unsere Staatsmänner mit der Repko für die Erweckung ihrer Einsicht für die tatsächliche Notlage des deutschen Volkes und seiner zerrütteten Wirtschaft kämpfen, zur Arbeitsruhe und Feierlichkeiten, die unserem jungen Volksstaat in keiner Weise nutzen können, höchst unangebracht erscheint.

Der Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe beim Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat in eingehenden zweitägigen Beratungen zu den gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Fragen Stellung genommen. Das Ergebnis seiner Arbeiten hat er in einem ausführlichen wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Programm zusammengestellt, das sofort dem Vorstande der Demokratischen Reichstagsfraktion übermittelt worden ist. Die Verhandlungen selbst waren streng vertraulich, auch über die programmatischen Vorschläge des Ausschusses wird bis auf weiteres keine öffentliche Mitteilung gemacht.

Nullpunkt ... Goldpunkt.

Wenn in den nachstehenden Zeilen der Versuch gemacht wird, gegenüber den gegenwärtigen Diskussionen über die Markstabilisierung die hierbei ins Feld geführten innerpolitischen Schlagworte ihrer Wirksamkeit zu entkräftigen, so nicht etwa, um damit jeder aktiven Währungspolitik, die uns im Zusammenhang mit der Reparationsregelung als wesentlichster Kernpunkt unserer Maßnahmen erscheint, zu widerraten. Wogegen man sich wenden muß, ist die These: der Währungszerfall ist die Ursache unserer gegenwärtigen Wirtschaftsnot, durch Stützung der Mark kann sofortige oder wenigstens sehr bald einsetzende Besserung der wirtschaftlichen Lage aller Volkskreise herbeigeführt werden. Wie aber sehen die Dinge in Wirklichkeit aus? Die deutsche Währung der Vorkriegszeit war Goldwährung. Die Mark wurde mit einem festen Geldkurse bewertet. In der Kriegszeit setzte durch Ausschaltung des Zusammenhanges zwischen Zahlungsmittelumlauf und Goldreserve durch Herausziehung des Goldgeldes aus dem Verkehr, durch immer stärkere Bevorzugung der Schaffung von künstlicher Kaufkraft zur Zahlung des Staatsbedarfes an Kriegsmitteln die Inflation ein, Waffenstillstandsvertrag, Versailler Vertrag, die sich daran anschließenden Ultimaten und Konferenzentscheidungen und der sich daraus ergebende Zerfall des weltwirtschaftlichen Vertrauens zu Deutschlands zukünftiger Existenzmöglichkeit zerstörten den Kurs der Mark über alles sich aus Notendruck, Vermehrung der schwebenden Schuld usw. ergebende Maß hinaus, zermürbten die Kaufkraft des baren und bargeldlosen Zahlungsverkehrs in viel schnellerem Tempo als dies durch Notenausgabe usw. ausgeglichen werden konnte. Wobei es vorläufig noch eine offene Frage bleibt, ob Deutschlands Geldpolitik hier nicht eine zu große Zurückhaltung gezeigt hat, nicht zu stark unter dem Einfluß theoretischer Leitsätze: Inflation-Papiergeldwirtschaft und dergleichen stand.

Weltwirtschaftliches Mißtrauen hat den Sturz der Mark verursacht. Steigerung dieses Mißtrauens, dieser Hoffnungslosigkeit, nicht unbeeinflußt durch mancherlei innerpolitische Versündigungen, mancherlei wirtschaftspolitische Hasardeurmaßnahmen, hat in den letzten Monaten die Markentwertung ungeheuerlich beschleunigt. Die Versuche beginnen, die Papiermark als Wertmaßstab auszuschalten. Im Exportverkehr schaltet Deutschland selbst die Mark als Zahlungsmittel aus. Im Inlandsverkehr wird mehr und mehr die Auslandsvaluta Kalkulationsgrundlage. Die ausländische Fakturierung beginnt auch beim Inlandsabsatz um sich zu greifen. Das bedeutet, daß sich im Wirtschaftsverkehr erneut die Wirkung der wertbeständigen Währung einschaltet. Setzt sich ein solcher Prozeß durch, so erfolgt eine Selbstausschaltung der Papiermark, eine praktische Verrufung der nun völlig der Entwertung anheim fallenden Papierwährung, der sich die gesetzliche Verrufung nach Durchsetzung dieses Prozesses durch Schaffung einer neuen Währung mit fester Goldbindung anpassen muß. Das Wesentliche, was sich hieraus ergibt, ist die Tatsache, daß es hier in diesem geldwirtschaftlichen Prozeß nicht — und niemals — um eine Schraube ohne Ende handelt, daß vielmehr der Nullpunkt einer zerstörten Währung gleichzeitig die Wiedereinsetzung ihres Goldpunktes bedeutet.

Diese Zeilen wollen nicht etwa als Verteidigung einer hemmungslosen Papiergoldwirtschaft aufgefaßt werden. Im Gegenteil erscheint uns eine möglichst selbständig — von fremdländischen Valuten unabhängig — durchgeführte Gesundung des deutschen Geldwesens eine elementare Voraussetzung zur Sicherung unserer nationalen wirtschaftlichen Zukunft. Worauf es im Augenblick ankommt, ist folgendes:

Ein selbständiger Stützungsversuch der deutschen Mark, wie er den Sozialdemokraten vorschwebt und in etwas weniger dogmatischer Form auch von den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden gefordert wird, bringt praktisch für die Wirtschaft und die — angeblich gesonderten — Interessen der Konsumenten gar nichts. Die sich im Rahmen der Papiermarkwirtschaft durchsetzenden Anlehnungen an fremdländische Valuten werden nominell durch Anlehnung an den Stabilisierungskurs ersetzt, mit dem gleichen Resultat. Verbreiterung der Spannung zwischen der in den Gütern repräsentierten Kaufkraft, die in den Preisen des Warenangebots ihren Ausdruck findet, und der geldlichen Kaufkraft, des Konsums, des Konsumes in allen Absatzstadien, beim Uebergang vom Rohstoff zur verarbeitenden Industrie, von dort zum Großhandel, bis zur Hand des letzten Konsumenten. Das Wesentliche unter den Voraussetzungen für die Forderung nach einer selbständigen Stützungsaktion der Mark fällt damit fort: die sofortige Wirkung. Die Stützungsaktion selbst ist befristet. Wie sehr sie befristet ist, welche Mittel für ihren Versuch riskiert werden müßten, geht aus dem Bericht Havensteins vor dem Zentralausschuß der Reichsbank hervor, wonach — ohne sichtlichen Erfolg — bei der Baissebewegung der Mark im Sommer dieses Jahres 230 Millionen Goldmark

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221108010/fragment/page=0001

zur Stützung hergegeben wurden. Und die Frage lassen alle Vertreter der jetzt geforderten Stützungsaktion unbeantwortet: Was wird nach der Stützungsaktion?

Das unzufriedene Paris.

Paris, 6. November.

Die deutsche Regierung hat heute in Paris ihren schwarzen Tag. „Man hätte Besseres von ihr erwartet“: das ist das gelindeste Urteil, das man über ihre Vorschläge fällen hört. In den Wandelgängen der Kammer, wo man sich von der Budgetrede des Blockabgeordneten Botanowsky noch nicht erholt hat, geht es hoch her: „Sind die Deutschen verrückt? Statt daß sie auf Mittel und Wege sinnen sollen, uns zu bezahlen, wollen sie selber Geld, um ihre Mark zu stabilisieren. Man muß endlich den Leuten sagen, das alles andre uns nicht interessiert: daß wir unsere Kriegsentschädigungen in der vorgesehenen Höhe verlangen, und daß wir Mittel und Wege finden werden, diesem Verlangen Nachdruck zu verleihen.“ So sprechen die um Arago herum. Mit Herrn Poincaré sind sie im Grunde sehr unzufrieden,“ weil er, statt zu handeln, noch immer in Berlin redet. „Der Kern des nationalen Kammerblocks ist nämlich der Ueberzeugung, daß dieser Augenblid der geeignetste ist, die berühmten „Sanktionen“ spielen zu lassen, wie der schöne französische Ausdruck heißt. „Jetzt oder nie!“ schreit Daudet in der „Action Francaise“. Und an andrer Stelle: „Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß ein neuer Krieg vor der Türe steht. Es bleibt uns kein andrer Weg als den der Gewalt. Gehen wir ihn ohne Schwäche!“

Die Vorschläge, die der deutsche Reichskanzler im Namen der Regierung gestern der Reparationskommission übergab, und deren Inhalt schon gestern abend in Paris bekannt war, werden zu einer unerhörten Propaganda gegen Deutschland ausgenützt. Die Parole des Tages lautet wieder wie Anfang Mai vorigen Jahres: „Deutschland hat schlechten Willen! Deutschland kann zahlen, aber es will nicht!“ Stimmen werden laut, die die sofortige Abberufung der Reparationskommission aus Berlin verlangen. Andre drängen darauf, daß diese Körperschaft überhaupt verschwinde. Die Regierung soll alle Gewalt in die Hand nehmen. Die Entscheidung müsse in den nächsten Tagen fallen. Man setze sich mit England in Verbindung und stelle es vor die Wahl, entweder die Sanktionen, die Frankreich in seinem Interesse für nötig halt, gutzuheißen, oder der französischen Regierung am Rhein freie Hand zu lassen. Die letzte Pflicht der Reparationskommission sei: Deutschlands „manquement volontaire“ festzustellen. Dann habe sie das Feld zu räumen. Ich hebe hervor, daß gestern und heute nicht nur bekannte Chauvinistenblätter diese Forderung erhoben, sondern daß selbst Organe der Reformsozialisten in den Ruf mitein stimmten: ein Beweis dafür, bis zu welcher Gluthitze die öffentliche Meinung aufgepeitscht ist!

Was die Freunde von weiteren Verhandlungen — ihre Zahl wird immer geringer — besonders an den deutschen Vorschlägen zu tadeln haben, das ist der Mangel an Ideen. Man hatte hier an gemäßigter Stelle erwartet, daß die deutsche Regierung die Reparationskommission mit einem vollständigen Programm empfangen würde, das eine positive Lösung aller schwebenden Fragen vorsähe. Niemand machte sich Gedanken darüber, ob ein solches Programm überhaupt möglich sei, ob es nicht vielmehr an Voraussetzungen gebunden wäre, die Frankreich unter keinen Umständen gelten lassen würde. Vielleicht war gerade dies der größte Fehler der deutschen Regierung daß sie nicht in mutigem Entschluß den Stier bei den Hörnern packte. Manche haben es hier befürchtet, denn auch in der Reparationskommission gibt es noch andre Ohren als die des Herrn Barthou. Die nichtfranzösische Welt hat vielleicht erwartet, die französische hat es ganz sicher gefürchtet, daß in Berlin etwa folgende Sprache geführt worden wäre: „Unser ganzes Elend, unsere zerrüttete Mark, der Hunger und die Verzweiflung unseres Volkes, alles dies hat als alleinige Ursache den Gewaltstreich, den alle ruhigen und besonnenen Geister der Welt verurteilt haben. Solange dieser Friede mit seinen unmöglichen Forderungen besteht, ist keine, aber auch nicht die geringste Hilfe möglich. Es hat gar keinen Sinn, über die Stabilisierung der Mark, über eine innere und äußere Anleihe, über Budgetausgleich und dergleichen länger zu diskutieren. In Strömen fließt das Blut aus der Herzwunde, was hilft es, die Abschürfung am kleinen Finger zu verbinden?“

Paris hätte vielleicht bei dieser Sprache vor Wut aufgeheult, aber die Welt hätte verstanden. Nun schüttelt die Welt das Haupt, und Paris fordert in höhnischen Worten Gemalt. Es erscheint von hier aus gesehen undenkbar, daß die Besprechungen in Berlin den geringsten Erfolg haben werden. In langen Reihen stehen heute früh die Marktbesitzer mit dicken Aktenstaßen an der Börse, Paris hat mit der Berliner Leidensstation abgeschlossen und bereitet sich auf das Brüsseler Golgatha vor.

Die neuen Papierpreise. Wie bereits angekündigt wurde, ist nunmehr der Papierpreis für Zeitungspapier endgültig, und zwar mit sofortiger Wirkung, und nicht erst auf Grund der Rückvergütung, die erst im Dezember fällig wäre, auf 162 Mark pro Kilogramm festgesetzt worden.

Zuspitzung der Lage im Orient.

Konstantinopel, 8. November. (Eig. Drahtmeldung.) In Paris herrscht große Erregung. Die christliche und ottomanische Bevölkerung erwartet ängstlich die nächsten Ereignisse. Ismid Pascha, der Außenminister von Angora, der als Delegierter nach Lausanne gehen soll, ist in Konstantinopel eingetroffen. Er hatte gestern abend eine Unterredung mit den alliierten Oberkommissaren, die ihm ein Ultimatum überreichten, in dem die Regierung von Angora aufgefordert wird, die Bestimmungen des Vertrages von Mudania zu beachten und in dem auf die Gefahren von Zwischenfällen hingewiesen wird. Ueber die Lage des Sultans gehen die widersprechendsten Gerüchte um. Auf der einen Seite heißt es, daß er entführt worden sei, dann wird behauptet, er habe entfliehen wollen, sei aber daran verhindert worden. In Wirklichkeit befindet sich der Sultan, der gestern abend eine Unterredung mit dem englischen Oberkommissar hatte, an Bord eines englischen Kriegsschiffes im Bosporus.

„Nieder mit England und Frankreich!“

In Tschanak ist, einer Reutermeldung zufolge, eine kritische Lage entstanden, da dort türkische Gendarmerie gegen die britischen Linien vorgeschoben ist und das Vorgehen britischer Patrouillen jenseits der Dreimeilenzone verhindert. General Harrington wird am Dienstag die Lage mit Ismed Pascha erörtern. — Die Kundgebungen in den asiatischen Vorstädten Konstantinopels nahmen gestern eine ernste Wendung. Die Fenster der von Christen bewohnten Häuser wurden eingeschlagen. Vier britische Soldaten wurden durch Messerstiche verwundet. Die Demonstranten schrien: „Nieder mit England und Frankreich!“ Man glaubt, daß die Kemalisten versuchen, die Stellung der Alliierten in Konstantinopel unmöglich zu machen und so der alliierten Besetzung noch vor der Friedenskonferenz ein Ende zu bereiten. Zahlreiche Personen flüchteten zu den Gesandtschaften, mit der Bitte um Schutz und Hilfe, damit sie das Land verlassen können. Ueber 7000 Griechen aus den Dörfern in der Nähe der alliierten Linien sind geflüchtet und wurden unter englischem Schutz eingeschifft, um nach Saloniki geschafft zu werden. Der Abzug der Bevölkerung nimmt zu.

*

Paris, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) In hiesigen politischen Kreisen ist man überzeugt, daß die neue Krise im nahen Osten durch eine gemeinsame Front der Alliierten den türkischen Forderungen gegenüber behoben werden kann. Man ist sich des Ernstes der Lage aber bewußt. Poincaré hat gestern noch eine längere Unterredung mit Marschall Foch gehabt, in der er die militärische Seite der Krise ausführlich besprach. Reuter meldet: Die alliierten Generale haben Rifaat Pascha mitgeteilt, daß Konstantinopel entsprechend dem Waffenstillstandsvertrag zurzeit unter alliierter Kontrolle bleiben müsse. Rifaat Pascha hat darauf geantwortet, er lehne jede Art von Kontrolle ab, er werde aber in Angora noch Weisungen einholen. In Tschanak ist eine kritische Lage entstanden, da dort türkische Gendarmerie gegen die britischen Linien vorgerückt ist und das Vorgehen britischer Patrouillen über die Dreimeilengrenze verhindert. General Harrington wird Dienstag die Lage mit Ismet Pascha erörtern. — Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel haben die alliierten Oberkommissare ihre Regierungen ersucht, Maßnahmen zuzustimmen, die der Verhängung des Belagerungszustandes gleichkommen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen wird damit begründet, daß die neue Verwaltung Schritte unternehme, die mit der früheren Regelung in Widerspruch stehen und gegen die Ausländer gerichtet sind.

Aufruf der Gewerkschaftskommission und SSPD.

Berlin, 8. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Vorwärts“ veröffentlicht heute an hervorragter Stelle den Aufruf der Gewerkschaftskommission, der sich gegen die Arbeitsruhe am morgigen 9. November ausspricht, und in dem es u. a. heißt: Maßgebend für diesen Beschluß waren in erster Linie politische Erwägungen, wenn auch zugegeben werden soll, daß auch wirtschaftliche Motive mit eine Rolle gespielt haben. Die gesamte Reaktion, unterstützt vom großindustriellen Unternehmertum ist ausreichenden Geldmitteln, rüstet zum entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterschaft. Die Republik und die Errungenschaften der Revolution, wenn es deren auch nur noch wenige sind, sind in Gefahr. Die Reaktion will selbst wieder zur Macht gelangen und ihre Herrschaft aufrichten, um hemmungslos die Arbeiterschaft wieder in ihr Joch zwängen zu können. Der Aufmarsch soll von Bayern aus erfolgen, wo das ganze reaktionäre Gesichter schon seit langem rüstet. Die Arbeiterschaft ist bereit, sie wird den Kampf aufnehmen und, wenn es sein muß, ihn durchführen bis zum bitteren Ende. Der Bezirksverband Berlin der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei schließt sich diesem Beschluß in einem Aufruf aus den gleichen Gründen an.

Sturmzeichen in München.

München, 7. November. (Telunion.) Ueber die gestern in einer sozialistischen Funktionärversammlung beschlossene Bildung sozialistischer Abwehrorganisationen wissen die „Münch. Neuesten Nachrichten“ mitzuteilen, daß beschlossen wurde, in den Betrieben, Banstellen usw. für die Sturmabteilung zu werben und zwar Entschlossene, die zum Kampf bis zu den äußersten Konsequenzen bereit sind. Zu Führern sollen nur Männer bestimmt werden, die militärisch durchgebildet sind. Die Abteilungen werden bewaffnet. Die Zentrale der Organisation, das Gebäude der „Münch. Post“ und das Gewerkschaftshaus sollen besonders gesichert werden. Die Organisation soll auch das Verkehrspersonal erfassen.

Neues vom Tage

Schwere Grubenexplosion in Pennsylvanien.

Ein Telegramm aus Pittsburg in Pennsylvanien meldet, daß eine Explosion in den Gruben von Reilly eingetreten ist, und daß nur drei Grubenarbeiter sich bisher zu retten vermochten. 140 Arbeiter sind in einem Gange eingeschlossen, und es besteht nur wenig Aussicht, sie zu retten. Neuere amerikanische Meldungen von dem großen Bergwerksunglück bei Pittsburg lassen befürchten, daß wenig Hoffnung besteht, daß die von den 150 Bergleuten, die von schlagenden Wettern überrascht wurden, sich noch in der Grube befindlichen 144 Personen noch gerettet werden können. 500 Mann der Belegschaft arbeiten fieberhaft, um ihre Kameraden zu bergen.

Wie aus Spangler (Pennsylvanien) gemeldet wird, sind bei dem Grubenunglück 30 Personen befreit worden; sie alle befinden sich in hoffnungslosem Zustand. Einige Geretete erzählen, daß die Bergleute durch den Druck der Explosion nach allen Seiten geschleudert wurden. Die ganze Nacht wartete eine aus Frauen und Kindern bestehende Menge angsterfüllt auf Nachrichten von den Verschütteten.

Stillegung eines Betriebes wegen Ausschreitungen der Arbeiter. Die Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Gebr. Kayser in Kaiserslautern hat wegen Ausschreitungen ihrer Arbeiter den Betrieb geschlossen und die Arbeiterschaft entlassen.

Zirkus Sarasani verkauft! Zirkus Sarasani, der zur Zeit in Leipzig gastiert, hat heute einen großen Teil seiner Tierbestände meistbietend versteigern lassen.

Zwei Frauen unterm DeZug. Am Sonntag abend wurden beim Bahnübergang am Bahnhof Hennersdorf bei Görlitz zwei in den zwanziger Jahren stehende Frauen, die trotz geschlossener Schranken verbotswidrig die Bahngleise überschritten, von einem DeZug überfahren und auf der Stelle getötet. Ihre Personalien konnten bisher noch nicht festgestellt werden.

Französische Schieber vor der Koblenzer Strafkammer. Die Koblenzer Strafkammer verurteilte einen französischen Speisewagenkellner zu sechs Monaten Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe, sowie zwei französische Kaufleute zu je vier Monaten Gefängnis und 1 Million Mark Geldstrafe, weil sie es unternommen hatten, Gegenstände, die der Reichswirtschaftsminister für lebenswichtig erklärt hatte, ohne Genehmigung auszuführen.

Sturm in Amerika. Nach einer eigenen Meldung aus Paris hat im Südosten der Vereinigten Staaten ein furchtbarer Sturm Sachschaden in Höhe von 1½ Millionen Dollars angerichtet und den Tod einzelner Menschenleben zur Folge gehabt.

Verlängerte Umlaufsfrist für Notgeld. Obwohl die Reichsbank mit äußerster Anstrengung um die Herstellung genügender Zahlungsmittel bemüht ist, hat sich, wie amtlich bekanntgegeben wird, das Reichsfinanzministerium unter Zustimmung der beteiligten preußischen Stellen für eine Verlängerung der Frist bereit erklärt.

Das Sterben der Zeitungen. Die Not der Presse ist in aller Munde. Während jedoch der Durchschnittsdeutsche für alle anderen Gegenstände des täglichen Bedarfs die ewigsteigenden Preise widerspruchslos zahlt, vernimmt er mit stärkstem Verdruß, daß auch die Zeitungen, um bestehen zu können, erhöhte Bezugsgebühren festsetzen müssen. Die Aufklärung der breitesten Volksschichten über das Wesen der Presse tut daher dringend not. So ist es sehr zu begrüßen, daß ein Mann vom Fach, Dr. Martin Böhme, es in seinem soeben erschienenen Büchlein: Die Zeitung, ihre Entwicklung vom Altertum bis zur Gegenwart, unternimmt, eine allgemeinverständliche Schilderung des Pressewesens zu geben. In großen Zügen schildert er die Geschichte des Zeitungswesens, von den ersten Anfängen in Rom an, über die Reiseberichte des Mittelalters hinweg zu der Neuzeit, den geschriebenen und den Fuggerschen Zeitungen, den Flugblättern. Die ersten gedruckten Zeitungen in unserem Sinne, die Entwicklung im 17.—19. Jahrhundert, zur modernen Zeitung, mit ihrem gewaltigem Apparat, rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen, Aufgaben, ihrer Herstellung und Verbreitung. Anschließend eine Uebersicht über das ausländische Zeitungswesen. Wer sich über diesen interessanten Stoff unterrichten will, — und das sollte jeder gebildete Deutsche tun — wird in diesem preiswerten, gutausgestalteten Büchlein einen zuverlässigen Führer finden. Erschienen in der Hanseatischen Verlagsanstalt, Hamburg 36, Preis 60 Mark.

Ein Bach-Abend.

Sebastian Bach. — Emanuel Nowotny. — Stewart Chamberlain.

Die etwas bunte Gesellschaft dankt ihre Zusammenkunft dem „Johann Sebastian Bach-Pfennig“, e. V. in München, in dessen Auftrage am gestrigen Montag abend in der Aula des Lyzeums der Frankeschen Stiftungen, die man an mondscheinlosen Abenden ohne Lotsen allerdings nicht leicht findet, aus dem Wohltemperierten Klavier vorspielte. Der Sebastian Bach-Pfennig hat sich vorgesetzt, in Stadt und Land Evangelistendienste für den Meister der Meister zu tun, ein Ziel, wert, daß man es aufs wärmste fördern und mit der Tat unterstütze. Doch nicht mit der Tat allein, auch mit aufrichtigem Rat, was oft noch mehr wert ist, so paradox es manchem dünken mag.

Emmanuel Nowotny, Organist aus München, der vorgestern im Lyzeum spielte, ist schon kein Bachfreund mehr, sondern ein Bachschwärmer. Das klingt nicht nur aus seinen einleitenden Worten, in denen er den Hörern kurz und schlicht von Bachs Leben und Schaffen sprach, es klingt noch mehr aus seinem Klavierspiel auf dem leider nicht über die Maßen wohltemperierten Flügel, an dem er den Abend über saß. Man kann über Nowotnys Bachauffassung am Klavier geteilter Auffassung sein — er dienet Gott auf seine besondere Weise — man wird ihm, der ein guter, am „Wohltemperierten Klavier“ durchgebildeter Pianist ist, mit gewisser Hochachtung sagen müssen, wie sie ein ernster Mensch vor fremder Ueberzeugung bewahren soll, Nowotnys Spiel ist einer Innigkeit, einer Inbrunst, die ihresgleichen in unserem Alles, auch die Kunst mechanisierenden Zeit, sucht. Wenn sein Musizieren dabei, zumal in den ersten Nummern (den Präludien nebst Fuge in C und Cis aus dem 1. Bande) gar zu sehr in die Breite ging, in Gefühlsseligkeit hinüberkommen, und sein ganzer Vortrag zu weit über Hans von Bülowscher Lehrhaftigkeit neigt, den Hörern wie Schülern die Thematik auf Brot zu schmieren, so hat das einen tieferen Grund bei Nowotny.

Nowotny nämlich möchte das Wohltemperierte Klavier dem Laien näher rücken, indem er ihn zum Mitdenken anzuleiten, seine Phantasie anzuregen und — und hier beginnt die Verantwortung des Abends problematisch zu werden — jedem der Präludien und Fugen ein Programm beigibt. Etwa so: Nowotny schlägt die Noten auf, nimmt sein Notizbuch zur Hand und spricht: „Werk in C-Moll ... Herr, handle nicht mit uns nach unseren Sünden und vergibt uns nicht! usw. (Psalm 103) ... Zunächst erklingen Glocken vom Turm, dann nimmt der erste Vorbeter das Wort, die Gemeinde antwortet“ usw. usw. Nun wird man die Verbindung des Wohltemperierten Klaviers mit der Bibelwelt an sich nicht übel heißen können. H. St. Chamberlain z. B. sagt in seinem Werdegang des 19. Jahrhunderts: „Keine Kunst, außer der Musik, war imstande, die christliche Religion künstlerisch zu gestalten. ... Und zwar geht dieser spezifisch christliche Charakter von den Werken, in denen das Evangelium tatsächlich zu Worte kommt, auf andere, rein instrumentale über; das Wohltemperierte Klavier z. B. gehört in dieser Beziehung zu den erhabensten Werken der Menschheit.“ ...

Bis hierher mag Nowotny recht haben. Die Art jedoch, wie er nun die Gedanken auf ganz bestimmte äußere Vorgänge zu lenken, diesen absoluten Tonwerken ein spezielles Programm unterzuschieben, ist unbedingt ein verfehltes Verfahren, das seine starken Bedenklichkeiten hat. Welchem Zweck Nowotny hier verfallen ist, das mag gleichfalls Chamberlain ihm sagen, der in dem oben schon zitierten Zusammenhange weiter schreibt: „... und ich könnte dem Leser ein Präludium daraus nennen, in welchem die Worte: Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun — oder vielmehr nicht die Worte, doch die göttliche Gemütsverfassung, aus der sie hervorgingen — so deutlichen, ergreifenden Ausdruck gefunden haben, daß jede andere Kunst verzweifeln muß, jemals diese reine Wirkung zu erzielen.“ Besser wird man Nowotny kaum widerlegen können; was er sich unterfängt, heißt in Wahrheit: der Phantasie Grenzen zu ziehen, wo es gälte, die innersten Tore des Gemütes weit aufzutun. Der naive Zuhörer wird zu einer Auffassung dieser Musik verleitet, die grundsätzlich fehlgeht, die ihn verleitet, an Bach von einer gänzlich verkehrten Seite herauszugehen, nämlich in der Musik die tonische Malerei äußerer Vorgänge zu suchen, wo sich nur Allerinnerlichstes offenbart.

Und diese schiefe Einstellung bringt es auch mit sich, daß Nowotnys Spiel, besonders anfangs, rein künstlerisch, recht kritik bliebe. Sein Vortrag ist lediglich darauf angelegt, nur das, was er den Stücken in dem programmatischen Beigaben oder „Erklärungen“ unterlegt, hörbar zu machen, zu unterstreichen, unter die Nase zu reiben. Und daran krankt sein an sich gutes, gediegenes Spiel, das allerlei achtenswerte Fertigkeiten besitzt, wie Nowotny beim freien, Bachfreigen Präludieren bewies, mit dem der Abend schloß.

Stadttheater. Heute 7½ Uhr „Der fliegende Holländer“, Donnerstag und Montag „Die verlorene Glocke“, Freitag „Der Evangelimann“, Sonnabend 7 Uhr „Peer Gynt“, Sonntag „Margarethe“, Beginn der Vorstellung ausnahmsweise erst um 8 Uhr.

Im Thalia-Theater wird heute abend 7½ Uhr Oscar Wildes Komödie „Windsbrun“ gegeben. Am Sonntag 7½ Uhr wird der mit starkem Heiterkeitserfolge aufgenommene Schwank „Sa'n Windbunk“ von Kraatz und Holmann zum ersten Mal wiederholt. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters und an der Abendkasse im Thalia-Theater.

Walter von Molo.

Der Schillerdichter in der Literarischen Gesellschaft Halle.

Zweifellos ist unter den Köpfen des Gegenwartschrifttums Walter von Molo einer der markantesten. Zu Sternberg in Mähren geboren, drang er am stärksten durch mit seinen vierbändigen Schillerromen, der 1912 den ersten Band „Eines Menschenlim“ und 1915 den letzten „Den Sternen zu“ brachte. Von noch größerer Zeitbedeutung wurde sein „Fridericus“-Roman aus der Reihe „Ein Volk wacht auf“. Ob der erst 42jährige mit dieser Verdichtung historischer Geschehnisse (er schrieb vorher allerlei Wienerisches) die Gipfelwerte seiner Kunst gab, bleibt abzuwarten.

Der Saal der Bergloge war von den Freunden der Literarischen Gesellschaft wieder dicht besetzt, die mit Spannung den Träger eines oft genannten Namens erwarteten. Molo — mittelgroße Gestalt mit breitem Schauspielergesicht, zurückgekämmtem dunklen Haar — las nicht sehr deutlich; auch in den vordersten Reihen entging manchet halbe Satz; des öfteren drang der österreichische Sprachklang durch. Leicht schauspielernd in Mimik und Handbewegung sprach er zwei Stücke aus seinen bekanntesten Werken: „Eine Weihnachtsnacht Schillers“ (hier wie auch später ausgeprägter Hang zum Spiel mit These und Antithese) und die Szene zwischen Friedrich, dem Unbesiegbaren, und dem österreichischen Unterhändler, in der er ein Bild des kämpfenden, mit eiserner Willenskraft den Sieg erstrebenden Preußenkönigs malte.

Was er dann unter dem Bruchstück seines Dramas „Der Hauch im All“ (1917/18 geschrieben, 1918 im Theater an der Königgrätzer Straße zu Berlin erstmals auf den Breiteln) bot, fiel ab: Sprüche, Gedichte, eine Kindernovelle „Der Vater und das Kind“. Die Abschlußnovelle „Das Roserl“, in der als Pointe der Geschichte ein Brautigam am Familientisch ungewollt ausplaudert, daß er zur Kenntnis der roten Strumpfbänder seiner Braut gelangt ist, wird mit Vergnügen im Unterhaltungsteil jeder Familienzeitung gelesen werden, — von einem Dichter, der Schillers Geist und Friedrich-Kraft in seinen Werken lebendig macht, darf man am Vortragsabend einer großstädtischen Literaturvereinigung füglich Wertvolleres erwarten. -Bb-

---

Lehrauftrag. Der außerordentliche Professor für Augenheilkunde an der hiesigen Universität, Professor Dr. med. Leonhard Koeppe, hat auf Antrag der Medizinischen Fakultät vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einen Lehrauftrag für „Die Theorie der gesamten Mikroskopie einschl. der ophthalmologischen Optik“ und die Verleihung dieses an unserer Universität bisher nicht gelesenen Faches erhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221108010/fragment/page=0002